

# Protokoll der Ratsklausur vom 28. bis 30.11. 2008

## Thema:

Wie geht attac mit der Wirtschaftskrise um,  
welche Antworten finden wir, welche unsere Bündnispartner?

### Freitag 28.11.2008

18.00h Abendbrot

#### Moderation: Stephan Schilling

19.15h 3 Inputs, je ca. 15 Minuten, aus dem Spektrumbereich unserer Bündnispartner, zu ihrer Beurteilung der Krise und ihrer Schlussziehung

- 1.] christliches Spektrum: KAB: Ralph Welter
- 2.] gewerkschaftliches Spektrum: IGM: Horst Schmitthenner
- 3.] linksradikales Spektrum: IL: Christoph Kleine

20.00h Diskussion bis ca. 21.30h

### Samstag 29.11.2008

08.00h Frühstück

#### Moderation: Kerstin Sack

09.00h Vorstellung und Abstimmung TO

09.15h 2 Inputs zu dem Krisenthema aus attac-Sicht konträrer Positionen: Stephan Schilling – Thomas Seibert

10.00h Verständnisfragen

10.30h workshop-Phase zum attac-Umgang mit dem Krisenthema

ws1] Moderation: Deborah Ruggieri /'Experte': Alexis Passadakis

ws2] Moderation: Roland Klautke /'Experte': Thomas Sablowski

ws3] Moderation: Thomas Löding /'Experte': Thomas Seibert

13.00h Mittag

14.30h Auswertung u. Diskussion der workshop-Phase

Ergebniserzielung für die weitere Ausrichtung der attac-Arbeit zur Finanzmarktkrise

16.00h Kaffee

#### Moderation: Debora R. + Stephan Schilling

16.30h Verschiedenes

17.30h Funktion, Aufgabenstellung und Bedeutung der Rats-AGn für die Ratsarbeit, Schlußfolgerungen für AG-Themenbestimmung

19.00h Abendbrot

danach gemütlicher Teil zum Kennenlernen

### Sonntag 30.11.2008

08.30h Frühstück

#### Moderation: Roland Klaurke + Stephan Schilling

09.30h Fortführung AG-Themen, Bestimmung anschließend Konstituierung, Wahl der AGn mit obligatorischen Aufgaben

12.30h Abstimmung Sitzungsstruktur

12.45h Feedback-Runde

#### Ende Ratssitzung

13.00h Mittag

14.00h Rats-AG-Phase

16.00h Abreise

**TeilnehmerInnen:**

Andreas Beldowski (Attac Lübeck), Thomas Löding (Attac Göttingen), Hanni Gramann (Attac Hannover), Ulrike Paschek (Attac Göttingen), Jürgen Castendyk (Attac Hannover), Marianne Wildberger (Attac Hamburg), Lony Ackermann (Attac Berlin), Carl Waßmuth (Attac Berlin), Dorothea Härlin (Attac Berlin), Stephan Lindner (Attac Berlin), Barbara Volhard (Attac Freiburg), Franz Eschbach (Attac Karlsruhe), Sarah Gebhardt (Attac Freiburg), Markus Riek (Attac Stuttgart), Hagen Pfaff (Attac München), Roman Haug (Attac Mainz), Werner Rätz (ila), Thomas Seibert (medico international), Hermann Gendrisch (Arbeitskreis Entwicklungspolitik), Andreas Lathan (BUND), Gudrun Reiss (AG Globalisierung und Krieg), Klaus Hering (EU-AG), Brigitte Oehrlein (AG Genug für Alle), Roland Klautke (AG soziale Sicherungssysteme), Stephan Krull (AG Arbeit fairteilen), Hendrik Auhagen (Attac Konstanz), Alexis Passadakis (Attac Berlin), Deborah Ruggieri (Attac Berlin), Detlev v. Larcher (AG Finanzmärkte), Kerstin Sack (Attac Hagen), Steffen Stierle (AG Lateinamerika), René Zeitz (Attac Wismar), Sami Atwa (Attac Hannover), Stephan Schilling (Share e.V.), Marie-Dominique Vernhes (SiG), Peter Strotmann (SiG)

**Leitfragen** (Freitagabend, 28.11.2008)**Umgang m. d. Krise der attac-Spektren/Bündnispartner**

- 1.] Wie wird die aktuelle Krise in eurem jeweiligen Kontext analysiert und bewertet?  
Wie schätzt Ihr ihren Einfluss auf die Realwirtschaft ein?
- 2.] Welche Möglichkeiten seht Ihr innerhalb der Krisendiskussion, das Paradigma des neoliberalen Kapitalismus weiter zu delegitimieren, oder hat sich dieses Akkumulationsmodell nun endgültig verabschiedet.
- 3.] Mit welchen Neukonfigurationen innerhalb der Finanzmärkte rechnet Ihr auf nationaler und globaler Ebene?  
Mit welchen Veränderungen des Kräfteverhältnisses rechnet Ihr gesamtgesellschaftlich bezogen auf die herrschende Klasse?
- 4.] Welche Rolle wird die Krise bzw. deren Regulationsversuche im kommenden Jahr bei den EU-, Landtags- und Bundestagswahlen spielen?
- 5.] Mit welcher Haushaltspolitik auf Bundes- u. Landesebene rechnet Ihr aktuell und zukünftig?
- 6.] Wie schätzt ihr die politische Dynamik der nächsten Monate ein?  
Werden die sozialen Konflikte und Kämpfe zunehmen?  
Steigt die Erwartung in der Bevölkerung für weitgehende Veränderungen?  
Gibt es Möglichkeiten für Massenmobilisierungen?
- 7.] Was sind eure zentralen Forderungen, eure Antworten auf die Krise?  
Welche Interventionsmöglichkeiten seht Ihr für euren Zusammenhang und für uns gemeinsam?

28.11.2008 – 19:20 (36 TeilnehmerInnen)

Horst Schmitthenner\*

**Anmerkungen zu den Leitfragen für die Attac-Ratsklausur 2008 am 28./29. November**

*1) Wie wird die aktuelle Krise in eurem jeweiligen Kontext analysiert und bewertet? Wie schätzt Ihr ihren Einfluss auf die Realwirtschaft ein?*

Es ist mehr als eine Finanzmarktkrise, es ist eine Weltwirtschaftskrise, in der riesige Vermögen vernichtet werden und Massenarbeitslosigkeit grassiert. Und es ist eine Krise des neoliberalen Akkumulationsmodells.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hat gezeigt, dass eine extrem ungleiche Verteilung des Reichtums die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens untergräbt und so wie die Gesellschaft im Innern auch die Welt in wenige reiche Länder und die Habenichtse an deren Peripherie spaltet. Die Akkumulation riesiger Vermögen in Privatbesitz ist kein Ausweis von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Effizienz; der Finanzmarktkapitalismus zersetzt vielmehr die realwirtschaftlichen Reproduktionsverhältnisse. Die ökonomische Entwicklung bedarf gesellschaftlicher Steuerung. Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums. Nur so kann sichergestellt werden, dass hinreichend Mittel für die öffentliche Lösung der gesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stehen.

*2) Welche Möglichkeiten seht Ihr innerhalb der Krisendiskussion, das Paradigma des neoliberalen Kapitalismus weiter zu delegitimieren, oder hat sich dieses Akkumulationsmodell nun endgültig verabschiedet?*

Deregulierung ist keine Botschaft mehr in einer Zeit, in der der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte nur durch massive staatliche Interventionen und neue Formen der Regulierung verhindert werden kann. Aber machen wir uns nichts vor: Das Ende dieser ein Vierteljahrhundert äußerst mächtigen Ideologie kehrt nicht einfach die ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse um und öffnet nicht von alleine eine Tür in Richtung sozialen, ökologischen und friedensstiftenden Fortschritts.

Das Ergreifen der Chancen für eine bessere Welt beginnt mit Aufklärung. Beispielsweise über die ökonomisch und politisch herrschenden Klassen, die bis heute die Mittel für die Beseitigung von Kinderarmut verweigern, während binnen Stunden das Zehnfache für die Rettung einzelner Banken mobilisiert wird. Über jene Kräfte, die zu verantworten haben, dass Gewinn- und Vermögenseinkommen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, während immer dringlichere öffentliche Zukunftsinvestitionen selbst in Zeiten wieder steigender Massenarbeitslosigkeit unterbleiben. Über eine Welt, in der die reichen Regionen sich abschotten gegen die infolge von Ressourcentransfer und der globalen Energie-, Nahrungsmittel- und Finanzmarktkrise gleich mehrfach ausgebeuteten Länder des Südens, die schließlich auch noch als erste die Folgen des Klimawandels zu tragen haben. Nicht zuletzt über eine Welt, in der Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte neue Höchststände erreicht haben.

*3) Mit welchen Neukonfigurationen innerhalb der Finanzmärkte rechnet Ihr auf nationaler und globaler Ebene? Mit welchen Veränderungen des Kräfteverhältnisses rechnet Ihr gesamtgesellschaftlich bezogen auf die herrschende Klasse?*

Die politische Verarbeitung der Krise verbleibt nach wie vor in der Logik des finanzmarkt-kapitalistischen Regimes. Das lässt sich daran ablesen, dass - nachdem man das System mit Liquidität und Garantieverprechen versorgt hat - die politischen Maßnahmen sich weitgehend auf neue Formen des Risiko-Managements konzentrieren (Transparenz, Bilanzlegung, Rating Agenturen, Regulierungsvorschriften für Hedge Fonds, Einschränkung von Steueroasen usw.) und daran, dass versucht wird, eine Aufwertung und Erweiterung der Weltwirtschaftsinstitutionen (IWF, Weltbank usw.) zustande zu bringen, ohne diese Institutionen selbst grundlegend im Sinne einer Neuregulierung des internationalen Kapitalverkehrs sowie der Devisenmärkte zu reformieren. Ich gehe davon aus, dass dieser Ansatz völlig unzureichend ist, die tiefe Krise selbst und ihre Folgen in den Griff zu bekommen. Die Krise des Dollar-Wall Street-Regimes wird sich auch nicht einfach dadurch verflüchtigen, dass sich die Gewichte im System des globalen Kapitalismus stärker in Richtung Asien (China, Indien) verschieben. Es bedarf eines umfassenden Regulierungsansatzes, der in Bezug auf das Weltwährungssystem - Stichwort Bretton Woods II - an die alte Konzeption von Keynes in den Verhandlungen von Bretton Woods I hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Zentralbank und Reservewährung (den „Bancor“) anknüpfen könnte. Damit wäre die hegemoniale Rolle des Dollar in Frage gestellt, sodass man sich die tiefen Veränderungen der globalen Machtverhältnisse vorstellen kann.

Auf ideologischer Ebene findet eine Auseinandersetzung in der herrschenden Klasse über das Scheitern oder veränderte Fortbestehen des neoliberalen Modells statt. Dabei warnen auch Teile des bürgerlichen Lagers davor, dass eine Fortsetzung neoliberaler Politik den herrschenden Machtblock weiter zersetzen würde. Diese Linienauseinandersetzungen sind aufschlussreich und sollten nicht ignoriert werden. Entscheidend ist jedoch, welchen Druck die sozial fortschrittlichen und emanzipatorischen Kräfte in den jeweiligen Ländern und Regionen ausüben können, um Strukturreformen durchzusetzen, die die bestehenden Machtverhältnisse verändern.

*4) Welche Rolle wird die Krise bzw. deren Regulationsversuche im kommenden Jahr bei den EU-, Landtags- und Bundestagswahlen spielen?*

In dieser Zeit einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren weckt, kommt den fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft große politische Bedeutung zu.

Die Akteure der Zivilgesellschaft stecken zwar selbst in der Defensive: indem die Ressourcenausstattung für Verbände, Initiativen, Bewegungen, Selbsthilfeeinrichtungen usw. prekärer wird, soziale Fragmentierung neue Bündnisstrukturen untergräbt, Kommunikation und Verständigung dem Primat einer hoch konzentrierten Medienwirtschaft unterworfen sind und die tradierten Bildungsinstitutionen soziale Auslese und Spaltung reproduzieren.

Das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus bietet jedoch neue Chancen. Die Zivilgesellschaft ist der zentrale Ort, in dem die Kämpfe um eine neue Hegemonie ausgetragen werden. Wichtig ist daher ein Verständigungsprozess unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren über Grundlinien sozial emanzipatorischer, ökologisch nachhaltiger und global friedensstiftender Entwicklungsperspektiven. Dabei gehen wir erstens davon aus, dass die Erneuerung der Gesellschaft kein rein marktgesteuerter Prozess sein kann - Fortschritt hat vielmehr marktbegrenzenden Charakter. Wir sind zweitens der Auffassung, dass wir nicht mehr in einer Gesellschaft des Mangels, sondern des materiellen, sozialen und kulturellen Reichtums leben, in der Armut und soziale Ausgrenzung keine Zukunft mehr haben dürfen. Wir sehen drittens, dass Arbeit für Alle und soziale Gerechtigkeit nur im Rahmen eines nachhaltigen ökologischen Umbaus der Wirtschaft zu erreichen sind. Abkehr von rein quantitativen Wachstumsprozessen, Umverteilung im europäischen und globalen Rahmen und eigenständige Sicherheiten für den Zugang zu einem guten Leben für alle müssen Elemente eines solchen Prozesses sein.

*5) Mit welcher Haushaltspolitik auf Bundes- und Landesebene rechnet Ihr aktuell und zukünftig?*

Steinbrück hat für die Regierung bereits erklärt, dass die Politik der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt wird. Ein wirkliches Konjunkturstützungsprogramm wird es nicht geben -es sei denn wir können es erstreiten. Die jetzt vorgesehenen 1 mal 4 und einmal 7 Mrd. sind völlig unzureichend. Damit werden zudem kaum öffentliche Investitionen finanziert. Vielmehr geht es um Anreize für Verbraucher, wie etwa die zeitweise Aussetzung der KFZ-

Steuer und die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, 10 Euro mehr Kindergeld und ähnliches. Diese Maßnahmen werden verpuffen, weil sie viel zu gering bemessen sind. Hinzu kommt, dass sie ökologisch und gesellschaftspolitisch unakzeptabel sind, weil sie weder zu mehr sozialer Gerechtigkeit noch zum Abbau von Armut und auch nicht zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit führen. Ein wirksames Konjunkturstützungsprogramm würde aus umfangreichen öffentlichen Investitionen bestehen, die die soziale Infrastruktur verbessern z.B. durch mehr Lehrkräfte, mehr Beschäftigte in Krankenhäusern, den Ausbau von Kindertagesstätten, die Reparatur von Straßen und der Kanalisation, für Verbesserung der Infrastruktur, die Verbesserung der Umwelt usw.

6) *Wie schätzt ihr die politische Dynamik der nächsten Monate ein? Werden die sozialen Konflikte und Kämpfe zunehmen? Steigt die Erwartung in der Bevölkerung für weitgehende Veränderungen? Gibt es Möglichkeiten für Massenmobilisierungen?*

Auf diese Leitfrage ist eine Antwort besonders schwer zu fassen. Sicherlich wird die Erwartung nach weitreichenden Veränderungen in der Bevölkerung zunehmen. Ob dies einhergeht mit zunehmenden Kämpfen für deren Realisierung, hoffe ich und dafür müssen wir kämpfen.

Gegenwärtig sieht es nicht so rosig aus.

Es ist nicht spürbar, dass in der Bevölkerung Aufbruchstimmung herrscht. Im Gegenteil: Angesichts der Krise, ihren Wirkungen, dem unzureichenden, teilweise dilettantischen Handeln der politischen Elite, ist die Stimmung doch eher verhalten und zurückhaltend. So zeigt z.B. die Metall-Tarifrunde schmerzhaft, wie innerhalb von wenigen Wochen die Kampfbereitschaft, die sehr hoch eingeschätzt worden war und bei den Warnstreiks auch deutlich sichtbar wurde, wegen der Krisenerscheinungen und der zunehmenden Angst vor erneut steigender Massenarbeitslosigkeit in kurzer Zeit nahezu kollabierte. Die jetzt folgenden betrieblichen Auseinandersetzungen werden zeigen, ob das Ruder herumgerissen werden kann.

Entscheidend ist gesellschaftliche Aufklärung. Diese beginnt damit, schonungslos Bilanz zu ziehen. Nur so können Fehler künftig vermieden werden. Unsere Bilanz lautet: Die in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts betriebene Politik ist desaströs. Es war diese Politik, die die Gesellschaft in eine tiefe Krise hineinmanövriert hat - und dies nicht nur in ökonomischer Hinsicht.

Die *soziale Krise* besteht darin, dass Armut in einem der reichsten Länder der Welt wachsende Teile der Bevölkerung erfasst hat. Armut, die Entwicklungschancen, Lebensperspektiven und einen umweltgerechten Lebensstil gar nicht erst entstehen lässt. Armut, die Erwartungen eines gesicherten Lebens im Alter zerstört. Armut, die auch für eine wachsende Zahl Arbeitsloser, Ein-Euro- und Mini-Jobber, Leiharbeiter und Beschäftigte in den wachsenden Niedriglohnssektoren zur Erfahrung macht, was für einen Großteil der Frauen immer schon bittere Realität war: Erwerbsarbeit sichert keinen eigenständigen Anspruch auf ein auskömmliches Leben mehr.

Die *gesellschaftliche Krise* manifestiert sich in dem fortschreitenden Verfall der sozialkulturellen Infrastruktur der Republik - von Schulen über nichtkommerzielle Freizeitstätten bis zu Pflegeeinrichtungen. Die Streichung öffentlicher Investitionen und die Vermarkt-Laichung aller Lebensbereiche verhindert eine vorausschauende öffentliche Daseinsvorsorge ebenso wie eine nachhaltige, ressourcenschonende Umweltpolitik. Der Widerspruch ist mit Händen zu greifen: Während der Sozialstaat kleingerechnet wird, verabschiedet sich die so genannte Elite von der Aufgabe der Finanzierung des Gemeinwesens, das nun auch noch genötigt ist, die Spekulationsgeschäfte der Banken mit Milliardenkrediten abzusichern.

Die *politische Krise* findet ihren Ausdruck in einer sowohl wettbewerbsorientierten wie nach innen autoritären und nach außen militaristischen Ausrichtung des Staates. Und sie artikuliert sich in zunehmender Wahlenhaltung. Die Verselbständigung der politischen Klasse - und nicht in erster Linie eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung - ist der Grund für die offenkundige Krise der politischen Repräsentation und der parteipolitischen Umgruppierungen im politischen System.

7) *Was sind eure zentralen Forderungen, eure Antworten auf die Krise?*

*Welche Interventionsmöglichkeiten seht Ihr für Euren Zusammenhang und für uns gemeinsam?*

Unseres Erachtens sollte auf einer Agenda der zivilgesellschaftlichen Bewegungen stehen:

- *Gute Arbeit*: ein politisches Projekt, das einen Bogen schlägt von der Bekämpfung prekärer Arbeit in wachsenden Niedriglohnssektoren bis zu den immer öfter frustrierten Bedürfnissen Höherqualifizierter nach professioneller Entfaltung, und dabei nicht nur die Erwerbsarbeitsperspektive sondern ebenso die Sektoren der Erwerbslosen (Hartz IV u.a.) im Focus hat. *Gute Arbeit* ist ein Gegenprojekt zum Programm „Hauptsache Arbeit“, mit dem arbeitsmarktpolitische Repression, Prekarisierung und Lohnsenkungen legitimiert werden. *Gute Arbeit* ist ein Projekt, das gegen Wettbewerbs- und standortpolitische Vereinnahmungsversuche profiliert werden kann und die Perspektive eines Umbaus der Wirtschaft entlang ökologischer Erfordernisse und gesellschaftlicher Bedürfnisse stark macht. *Gute Arbeit* ist ein bereits profiliertes Querschnittsprojekt, das unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure - von der Gewerkschaftsbewegung über Sozialverbände bis zur Umweltbewegung - zusammenbringt. Ein auf Klimaschutz und nachhaltigen Ressourceneinsatz gerichtetes ökologisches Umbauprogramm könnte eine seiner weiteren Konkretisierungen sein. Dabei wäre auch eine

Auseinandersetzung mit der Frage notwendig, was produziert werden soll und wie wir das gesellschaftlich organisieren wollen.

- *Soziale Gerechtigkeit:* Hierunter fallen politische Projekte, die vom gesetzlichen Mindestlohn über die Abschaffung von Hartz IV bis zu lebensstandardsichernden Renten reichen. *Soziale Gerechtigkeit* steht für den Zugang zu qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen nicht nur bei uns, sondern für alle Menschen. *Soziale Gerechtigkeit* steht für eine soziale Grundsicherung, die auch die vielen Erscheinungsformen verdeckter Armut, Ausgrenzung und Spaltung bekämpft. *Soziale Gerechtigkeit* steht für einen leistungsfähigen Sozialstaat, der als Bürgerversicherung individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabe für Alle ermöglicht. Daseinvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe, in der private Gewinninteressen nichts verloren haben. *Soziale Gerechtigkeit* erfordert Verteilungsgerechtigkeit zwischen Lohn-, Gewinn- und Vermögenseinkommen; ein Steuersystem, das von Oben nach Unten umverteilt, Schlupflöcher stopft und die Privilegierung von Vermögen beendet, überkommene Strukturen diskriminierender geschlechtlicher Arbeitsteilung (z.B. durch das Ehegattensplitting) beseitigt und hinreichend Ressourcen zur Finanzierung wachsender öffentlicher Aufgaben erschließt. Mit Konzepten wie der solidarischen Einfachsteuer liegen Alternativen vor und sind Bündnisperspektiven geknüpft.
- *Bildung für Alle:* Projekte mit einer Vielzahl von Einzelthemen und -initiativen, die kommunikativ vernetzt werden könnten: PISA, ein antiquiertes Schulsystem, fehlende öffentliche Investitionen, G8, Studiengebühren usw. Gerade das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem ist dadurch charakterisiert, dass soziale Disparitäten nicht abgebaut, sondern noch verstärkt werden. Dieses System ist meilenweit von einem Anspruch auf Chancengerechtigkeit entfernt, wie Vergleiche insbesondere mit einem integrierten Bildungssystem in den skandinavischen Ländern zeigen. In diesen Vergleichen wird auch deutlich, welchen Anteil lebensbegleitende Weiterbildung an individuellem und gesellschaftlichem Fortschritt hat. Auch das herkömmliche System der dualen Berufsausbildung wird den Anforderungen einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft seit langem nicht mehr gerecht. Deshalb ist Bildung für Alle zu einem verschiedenen Bevölkerungsklassen übergreifenden Zukunftsthema (auch in Wahlkämpfen) geworden.
- *Globale soziale und ökologische Rechte:* Projekte, in denen die globalen Widerspruchsdimensionen aufgegriffen werden: Hunger und Verelendung, die Krisen- und Ausbeutungsprozesse hochspekulativer internationaler Finanzmärkte, die globale Klimaveränderung, die mit Hochrüstung einhergehenden weltweiten Geschäfte der Rüstungsindustrie und zunehmenden Militärinterventionen. Forderungen nach ReRegulierung der Finanzmärkte, Schuldenstreichung für Länder des Südens, global wirksamen Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung und die entschiedene Verteidigung der Menschenrechte können hierzulande mit der „Verantwortung“ eines erneuerten Europas verknüpft werden - ein Europa, das als neoliberale Deregulierungsgemeinschaft in eine politische Legitimationskrise bugsiert worden ist. Die Alternativen neues Europäisches Sozialmodell, Friedensmacht Europa und Trendsetter im Klimaschutz durch transnationale Projekte eines nachhaltigen, ressourcenschonenden Umbaus der Wirtschaft drücken noch mehr Hoffnungen als Realitäten aus. Vor allem die Perspektive auf eine demokratische selbstbestimmte Europäische Union hat durch das Festhalten am autoritären Projekt der Verfassung ebenso Schaden erlitten wie durch die rasante Militarisierung von Außenpolitik und Außengrenzen. Die Europawahlen 2009 böten einen Rahmen, zivilgesellschaftliche Initiativen jenseits der Grenzen der Nationalstaaten zu erkunden, abzusprechen und zu starten.

\* Horst Schmitthenner ist Leiter des IG Metall-Verbindungsbüros Soziale Bewegungen. Den dargelegten Positionen liegen intensive Verständigungs-Diskussionen zwischen verschiedenen Verbänden, Initiativen und Gruppierungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen zugrunde.

28.11.2008 – 19:45

Ralph Welter von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung ohne schriftlichen Input, aber mit Hinweis auf den folgenden Text:

*Resolution des 3. Bundesausschuss der KAB Deutschlands, beschlossen am 26.10.2008 in Ludwigshafen.*

**Titel: Der sozialen Gerechtigkeit dienen - Gegen den „Tanz um das goldene Kalb“**

zu erhalten über: [http://www.kab-eurovision.de/mm/mm002/Resolution\\_ludwigshafen.pdf](http://www.kab-eurovision.de/mm/mm002/Resolution_ludwigshafen.pdf)

oder <http://www.kab-eurovision.de/dynasite.cfm?dssid=4041&dsmid=65143&dspaid=730262>.

28.11.2008 – 20:10

Christoph Kleine

### **Interventionistische Linke Thesen zu den Leitfragen**

für den attac-Rat, 28.11.2008

*1.] Wie wird die aktuelle Krise in eurem jeweiligen Kontext analysiert und bewertet? Wie schätzt Ihr ihren Einfluss auf die Realwirtschaft ein?*

Die gegenwärtige Krise ist in ihrem Kern keine reine Finanzmarktkrise, sondern eine Krise des Kapitalismus überhaupt. Insofern sehen wir in den deregulierten Finanzmärkten und den Spekulationsblasen, die auf ihnen entstehen weniger die Ursache des Problems, sondern betrachten diese bereits als Folge einer viel grundsätzlicheren Krise, die direkt mit der sogenannten „Realwirtschaft“ zu tun hat.

(Überhaupt stehen wir der begrifflichen Trennung zwischen Finanz- und Realwirtschaft sehr kritisch gegenüber, weil dahinter oft verschwindet, dass der Kapitalismus auch in seiner Elementarform G-W-G' bereits eine spekulative Veranstaltung ist, dass kapitalistische Akkumulation stets auf Kredit und Spekulation angewiesen ist und dass schließlich ein großer Teil der Ausbeutung und Verelendung der Welt ganz realwirtschaftlich organisiert wird.)

Die Ursprünge der gegenwärtigen Krise sehen wir in den 1970ern, in der Krise des auf industrieller Massenproduktion und relativ hoher Massenkaukraft beruhenden Fordismus. In wachsendem Umfang konnten die erzielten Profite damals nicht mehr gewinnbringend im industriellen Sektor reinvestiert werden. Dies war auch ein Ergebnis der Kämpfe, die damals weltweit geführt wurden: Kämpfe gegen den Kolonialismus, Befreiungskämpfe in den Ländern des Südens, verschärfte Klassenkämpfe auch im industriellen Norden und der Aufbruch der sozialen Bewegungen, der heute unter „68“ subsummiert werden.

Seitdem existiert ein ständig wachsender Kapitalüberschuss, für den verzweifelt Anlagemöglichkeiten gesucht und geschaffen werden: Durch den Ausbau der Staatsverschuldung (nicht nur in den kapitalistischen Zentren, sondern auch in den Ländern des Südens), in den Finanzmärkten, die zu diesem Zweck fortwährend und bewusst dereguliert worden sind und durch fortwährende Privatisierung vormals staatlicher/gesellschaftlicher Aufgaben wie Wasser- und Energieversorgung, Transport, soziale Sicherungssysteme.

Dieses Spiel kann nicht auf Dauer funktionieren, es muss notwendig „Blasen“ produzieren, die in immer schnellerer Folge platzen.

Die gegenwärtigen „Rettungspakete“, die weltweit aufgelegt worden sind, laufen vor allem auf eines hinaus: Das Spiel am Laufen zu halten und die Kosten dafür einmal mehr den Armen und Besitzlosen aufzulasten.

*2.] Welche Möglichkeiten seht Ihr innerhalb der Krisendiskussion*

das Paradigma des neoliberalen Kapitalismus weiter zu delegitimieren oder hat sich dieses Akkumulationsmodell nun endgültig verabschiedet. Die Geschwindigkeit, in der die politischen und wirtschaftlichen Eliten ihre neoliberalen Glaubenssätze über Bord geworfen haben, ist schon erstaunlich. Massive Staatseingriffe, Konjunkturprogramme, Abkehr vom Dogma der ausgeglichenen Haushalte: noch vor wenigen Monaten Teufelszeug, jetzt schon Regierungsprogramm in vielen Ländern.

Der Neoliberalismus ist damit (zumindest vordergründig) weitgehend delegitimiert.

In Wirklichkeit ist die Wende jedoch weniger scharf als sie erscheint. Auch im Neoliberalismus war der Staat ja nicht abwesend - im Gegenteil: Die aufgeblähten globalen Finanzmärkte oder die massiven Privatisierungen sind allesamt durch politische Entscheidungen bewusst geschaffen worden. Und das staatliche Eingreifen heute mag den neoliberalen Lehrsätzen widersprechen, aber es dient dem gleichen Zweck: die profitable Verwertungsmöglichkeit für Kapital sicherzustellen, die privaten Vermögen und Gewinne zu garantieren und die Verluste zu sozialisieren.

Was die Legitimation des Kapitalismus insgesamt angeht, so hat auch diese im Verlauf der Krise erfreulichen Schaden genommen. Die Erkenntnis, dass dieses Modell des Wirtschaftens keine Zukunft hat, hat sich verbreitert. Insofern ergeben sich große Möglichkeiten für eine antikapitalistische Linke - allerdings müsste sie beginnen, die (spätestens seit dem Zusammenbruch des Real Existierenden Sozialismus vorhandene) Leerstelle einer plausiblen und durchsetzungsfähigen Alternative zum Kapitalismus zu füllen.

Die gegenwärtige Krise eröffnet aber nicht nur Möglichkeiten von links - sie öffnet ebenso die Tür für nationalistische, rassistische und autoritäre Erklärungen und „Lösungen“. Insofern gilt es, den Widerstand gegen den globalen Kriegszustand ebenso zu verstärken wie gegen die Militarisierung der Innenpolitik und den Ausbau des Überwachungsstaates. Das schließt auch die Wachsamkeit gegenüber faschistischen und extrem rechten Gruppierungen ein, die die Krise auf ihre Weise nutzen wollen.

*3.] Mit welchen Neukonfigurationen innerhalb der Finanzmärkte rechnet Ihr auf nationaler und globaler Ebene? Mit welchen Veränderungen des Kräfteverhältnisses rechnet Ihr gesamtgesellschaftlich bezogen auf die herrschende Klasse?*

Wie oben bereits ausgeführt, glauben wir nicht, dass die herrschende Politik gegenwärtig auf wirklich substantielle Änderungen im Bereich der Finanzmärkte gerichtet ist. Das schließt einzelne Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen überhaupt nicht aus, auch diese werden aber an der grundsätzlichen Lage nichts ändern: Dass nach einer Phase der Kapitalvernichtung an den Börsen und Märkten das Spiel wieder von vorn beginnen wird.

Was das gesellschaftliche Kräfteverhältnis angeht, so verschiebt die Krise das zunächst zugunsten der herrschenden Klasse, einfach weil die Erpressbarkeit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen noch einmal zunimmt. Das kann (und wird hoffentlich) durch eher subjektive Faktoren wie wachsende Empörung, sich verschärfende Kämpfe und offener zu Tage tretende Widersprüche innerhalb der Herrschenden wieder zu unseren

Gunsten verschoben werden. Aber das ist vor allem davon abhängig, wie wir ihre Krise zu unserer Chance machen können - und darüber hinaus viel Spekulation ...

*4.] Welche Rolle wird die Krise bzw. deren Regulationsversuche im kommenden Jahr bei den EU-, Landtags- und Bundestagswahlen spielen?*

Auf der Erscheinungsebene werden Krise und Krisenreaktion eine sehr große Rolle spielen. Es wird Steuersenkung gegen Haushaltskonsolidierung diskutiert werden. Es wird unterschiedliche Modelle der Stützung tatsächlich oder angeblich angeschlagener Branchen und Unternehmen geben. Echte Alternativen aber werden kaum zur Wahl stehen bzw. keine Regierungsoptionen sein.

Entscheidend wird aber sein, wie klar tatsächliche Alternativen in diesen Wahlkämpfen thematisiert werden: Also Forderungen, dass die Profiteure die Krise bezahlen müssen, dass die soziale Sicherung unmittelbar aus dem gesellschaftlichen Reichtum zu bestreiten ist (durch Bürgerinnenversicherung und bedingungsloses Grundeinkommen), dass Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung auf die Agenda gehören usw. Dies wird vor allem ein Projekt außerparlamentarischer Bewegungen und Akteure sein müssen Die Wahlkämpfe können dabei einen Teil der Bühne stellen - mehr nicht.

*5.] Mit welcher Haushaltspolitik auf Bundes- u. Landesebene rechnet Ihr aktuell und zukünftig?*

Dafür sind wir nun wirklich keine Expertinnen: Sicher scheint zu sein, dass die Haushaltskonsolidierung zunächst nicht mehr die oberste Priorität ist, dass stattdessen (in welchem Umfang ist noch offen) über deficit spending eine Stützung der Konjunktur versucht werden wird - und dass alle diese Maßnahmen mit der Logik der Umverteilung von unten nach oben nicht brechen werden.

*6.] Wie schätzt ihr die politische Dynamik der nächsten Monate ein? Werden die sozialen Konflikte und Kämpfe zunehmen? Steigt die Erwartung in der Bevölkerung für weitgehende Veränderungen? Gibt es Möglichkeiten für Massenmobilisierungen?*

Bei aller Vorsicht: Ja, wir rechnen und hoffen auf ein Anwachsen der sozialen Kämpfe. Aber dies ist nur eine allgemeine Prognose, ohne genaue Vorstellung davon, wo genau die Konflikte denn ausbrechen werden. Zurzeit haben wir ja noch eine Krise im Wartestand: Alle wissen, dass sie kommen wird, die Kanzlerin bereitet die Bevölkerung schon auf ein bitteres 2009 vor - aber die konkreten Krisenfolgen sind bei den meisten Menschen noch gar nicht angekommen. Auch die Rechnung für die 500 Mrd.-Bankenrettung ist noch nicht präsentiert. Eine erste Chance, die Krise offensiv zu wenden und zu nutzen, ist durch den wirklich armseligen Metallabschluss verspielt worden. Wir haben in dem Festhalten an der 8%-Forderung einen richtigen Schritt in die Richtung gesehen, den Bedürfnissen des Kapitals eigensinnig die eigenen Bedürfnisse und Forderungen entgegenzuhalten. Nach unserer Beobachtung gab es dafür unter den Metall-Kolleginnen auch viel Zustimmung und Kampfbereitschaft, die aber ein weiteres Mal nicht zur Entfaltung gekommen ist, weil die IG-Metall-Führung einen (mühsam durch zahlreiche Rechenkunststückchen verschleierte) Rückzug eingeleitet hat. Wie oben schon ausgeführt: Die Legitimation des Kapitalismus hat weitere Risse bekommen, insofern gibt es einen guten Boden auch für Massenmobilisierungen. Aber an welchen Punkten genau sich diese werden entzünden lassen (oder ob sie eben doch ausbleiben), können wir jetzt noch nicht sagen. (Auch die Dynamik der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV kam ja in ihrem konkreten Verlauf ziemlich überraschend und war nicht auf Bewegungskonferenzen vorher geplant worden.)

*7.] Was sind eure zentralen Forderungen, eure Antworten auf die Krise? Welche Interventionsmöglichkeiten seht Ihr für Euren Zusammenhang und für uns gemeinsam?*

Wir sehen erstens eine Aufgabe der inhaltlichen und strategischen Diskussion in der Linken über das, was wir die „K-Frage“ genannt haben. Da heißt für uns, den gesamten Komplex Krise, Krieg, Klima, Kapitalismus und kommunistisches Danach neu zu bestimmen und zu öffnen. Es geht darum, radikale Alternativen und Optionen der Überwindung konkret zu machen, die Krise als Weckruf zu verstehen, um solche Alternativen und Optionen aus nebelhaften Fernen zurückzuholen, sie wieder als mittelfristige Perspektiven denkbar zu machen. Hierzu laden wir „die Linke von Heiligendamm“, also auch Euch, für den 25. Januar zu einem antikapitalistischen Ratschlag nach Frankfurt ein. (Ausführliche Einladung folgt.)

Einen konkret ausformulierten Forderungskatalog haben wir (noch) nicht. Klar ist für uns, dass die von der kapitalistischen Sachzwanglogik gesetzten Grenzen überschritten werden müssen und dass die Klammer für die verschiedenen Forderungen die umfassende Sicherung des Sozialen durch die Vergesellschaftung des Reichtums ist, also: kostenlosen Zugang aller zu sozialer Infrastruktur, zu Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Energie, Mobilität, Bildung und Wissen. Das schließt das Recht auf globale Bewegungsfreiheit und die Überwindung aller Grenzen ein.

Bedeutsam ist auch die Verknüpfung der kapitalistischen Krise mit der ökologischen Krise und dem Klimawandel: Eine klassisch-kapitalistische Krisenlösung durch mehr Wachstum und mehr Ressourcenverbrauch ist doch gar nicht mehr wünschbar - schon gar nicht in einer Perspektive globaler, sozialer Gerechtigkeit. Auch hierin scheint die Notwendigkeit einer Überwindung des Kapitalismus und seiner gnadenlosen Wachstumslogik auf. Aus der Klimabewegung kommt auch die Forderung nach der Vergesellschaftung der Energiekonzerne, dies ist selbstverständlich auf die Banken und die gesamte Finanzwirtschaft auszudehnen.

Gesellschaftliche Veränderungen und Verschiebungen des Kräfteverhältnisses können nicht von einer Strömung oder einem Akteur allein erreicht werden. Insofern sind Interventionsmöglichkeiten immer gemeinsame. Eine

Vereinheitlichung auf eine Strategie und einen Forderungskatalog ist dafür weder erforderlich noch überhaupt hilfreich. Notwendig ist allerdings die gemeinsame Debatte, in der wir gern unsere - radikalen - Akzente setzen wollen.

28.11.2008 – 20:30 Diskussion

wenige, selektive Schlagworte daraus:

Die „virtuelle“ Merkel wäre beruhigt nach diesem TOP! Man muss über „schärfere Sachen“ nachdenken.

Was die Grünen in den 80'ern gefordert haben sollte wieder aus der Schublade gezogen werden.

Denkt an den Süden!

Tobin-Tax fordern ist nicht genug! Bei Gerechtigkeitsdebatte bleiben! Forderungen z.B.: Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag!

Wirtschaftswachstumsdogma in Frage stellen und eigene Alternativen formulieren!

## Workshop 1

Analyse / Was schon da ist

- AWWO / Solidarische Ökonomie / Mehr Demokratie
- Erklärung Ratschlag D
- Gesellschaftliche Prozesse analysieren / Auswirkungen
- Angst

Positionierung

- Soziale Frage (konkrete Änderungen im Finanzsystem)
- Umverteilung Global
- Gerechtigkeit
- Eine andere Welt ist möglich (konkreter machen)

ToDo / Konflikte anstoßen

- Gegenüberstellung Gesetze / Aussagen
- Medium Film nutzen, spektakuläre Aktionen, aktuelle Bewegungen unterstützen

Eine andere Welt

- Wachstumskritik
  - Solidarische Ökonomie
  - Ökologie
  - Postindustrieller Zeitluxus – Gesellschaft bei reduziertem Konsum
- Soziale Frage
  - Umverteilung
  - Weltsolidarität
  - Arbeitszeitverkürzung
- Regulierung Phase 2
  - Öko-soziales Konjunkturprogramm?

## Workshop 2

Zu 1.

- Problem Forderungsstruktur
- Ökonomische Alphabetisierung
- Thematisierung der Krise in der Öffentlichkeit
  - Bildungsoffensive
    - Die Alphabetisierung vorantreiben
    - Informationen zur Krise
    - Probleme Öffentlichkeitsarbeit
    - Probleme Bekanntheit, Forderungsstruktur
- Funktion attac-Strukturen
  - Einbindung wissenschaftlicher Beirat (auch bei unterschiedlichen Positionen)
  - Attac-interne Vernetzung



Zu 2.

- Verstärkung der attac-Forderungen
- Utopien nicht gegen Realpolitik ausspielen
- Theoretisches Grundgerüst für den Post-Kapitalismus erarbeiten
- Realpolitische Forderungen dürfen nicht gegen Utopien ausgespielt werden
- Traditionelle attac-Forderungen sind noch aktuell – Utopien-Entwicklung bereits jetzt notwendig
- Kurz- und mittelfristige Forderungen und langfristige Forderungen (kontrovers) diskutieren  
-> Was will attac langfristig?
- Grundsätzliches
  - Eigentumsfrage und Demokratie (K-Frage)  
-> Systematischer Zusammenhang der Kapitalismus-Krisen
  - Krise des Finanzmarktkapitalismus ist von der allgemeinen Krise nicht zu trennen.
  - Kapitalismus ist Wurzel ökologischer, sozialer Krisen und der Kapitalmarktkrise (ökologische und politische Tragfähigkeit des „Grünen New Deal“ als Akkumulationsmodell)

Zu 3.

- Beherrschte Klasse Global -> „globale soziale Rechte (GSR)“

Zu 4. Frage der Krisenlösung

- Autoritäres oder emanzipatorisches Transformationsmodell
- Rolle des Staates – Funktion von Regulation
- Mobilisierungsfrage – Betroffenheit – Anknüpfen an materielle Interessen
- Rolle der Zivilgesellschaft als herrschaftsförmig strukturierter Bereich

Zu 5.

- Generell
  - Finanzmarktfrage und Regulierung unter sozialen Aspekten bestimmen
  - Kriegsproblematik
- Kurz- und mittelfristig
  - Den Finanzmärkten Verfügungsmasse entziehen
  - Öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge
    - Privatisierungen rückgängig machen
    - Studiengebühren abschaffen
    - Riester-Rente
    - Solidarische Bürgerversicherung
  - Gesundheit, Alter
  - Solidarische Einfachsteuer (SES) (Umverteilung)
  - Wertschöpfungsabgabe
  - Konkret: Opel (Konversion / Eigentumsverhältnisse)
  - Triade: gesetzlicher Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, bedingungsloses Grundeinkommen

Zu 6.

- Das Ganze ist nicht auf Einzelforderungen zu reduzieren!

## Workshop 3

### Fragegruppe 1 – 5

Durchhalten einer klaren Struktur trotz Vorgabe ist nicht gelungen (oder weil sich die Gruppe nicht daran gehalten hat) eher mäandern durch die Themen

Dissens zu Frage: Was wird passieren, Reaktion der polit. Elite  
Fokus auf Finanzmarktarchitektur oder soziale Fragen: nicht eindeutig

lebendige Diskussion zu unserem Eigenbild / Identität, Selbstwahrnehmung von attac teilweise unzureffend

haben wir Expertise oder brauchen wir noch mehr oder stärkere Vereinfachung

Wie kann man die Bahnkampagne für attac insgesamt nutzbar machen

Suche nach historischem Subjekt: Gibt's eins? multitude? (Wie adressieren)

Wir sind uns einig oder stimmen mehrheitlich zu, dass wir bestimmte Punkte benötigen:

- Klärung der Frage G8 → G20 → UNO ?
- Reflektion zum Autoritärem Staat und zum Staatsmonopolismus
- unsere Forderungen sollen stärker skandalisieren / stärker zuspitzen

keine einheitliche Meinung zu K-Frage, alte Begriffe verwenden? Neue einführen?

## Attac-spezifisch

- Wenn wir jetzt nicht auf Änderungen bestehen, ändert sich nichts
- Diskussion in attac-D, wie in attac-int organisieren: von den G8 zu den G20
- Uns fehlen Hebel. Hebel sind: Masse an Leuten, Kompetenz: Der ganze Diskurs findet nicht in attac statt!
- Vielfalt muss erhalten bleiben
- Attac ist Bildungsbewegung und zwar antineoliberal und pluralistisch: ist nur Wunschbild, attac ist ein eigener Akteur, Aldi unter den Globalisierungskritikern
- Wie wird die Krise gesehen? Finanzmarktregulierung ist systemstabilisierend, sonst könnte man sie abschaffen, die Regierungen meinen es ernst, es wird Regulierung geben „die können das schaffen“ oder werden zumindest auch substantiellen umsetzen
- Unterschiedliche Phasen berücksichtigen: Beispiel: Patient auf Intensivstation mit Reha behandeln
- Rechts - links ist überholt, neues Gegensatzpaar emanzipatorisch gegen autoritär
- Löst das Problem Andocken von rechts, hilft auch bei der anti-kap-Fragen
- Gegenposition: Warnung vor radikalen Wechsel der Sprachregelung, das ist selbst antiemanzipatorisch
- Mitgliedsorganisationen verhalten sich eher wie Sympathisanten (Warum?)
- Mit dem Neoliberalismus geht ein Kern des Kapitalismus unter
- Finanzmärkte hängen direkt zusammen Verteilung nord süd und innerhalb der Gesellschaften
- K-Frage zu unrecht umstritten, Zitate CDU-Erklärung Aalener Programm Wikipedia
- Wechsel Köln 99 war für die meisten überraschend schnell
- Anfragen z.B. von Anne Will landen letztendlich bei Franziska drohsel Sarah Wagenknecht, ökologische Schiene die grünen, viel Wortradikalismus, Marx-Lesekreise, Frage: Wie können wir ohne Konsens radikale Einzelpositionen zulassen? Als strategische option
- Neoliberalismus hat sich blamiert → Neue Identitätsfindung, Selbstkritik, Beispiel ESU
- An wen wenden wir uns? Wer kann die andere Welt herstellen? Wo sind die Kräfte mit dem größten Antagonismus?
- Ein bzw. „Das“ Subjekt gibt es nicht, wir adressen uns an eine „Multide“, in Querschnittstehmen arbeiten, z.B Arbeit z.B. Leben vor den fragen der Finanzarchitektur, reihenfolge ergibt sich in der konsquenz
- Großes internationales „linkes“ Lager bilden?
- Vorsicht vor Wiederholung, was neues wagen?
- Wir kontrastieren stark mit der Realität unserer Umgebung, Beispiel Weihnachtstrubel
- Mehr Finanzmarktexperten, wir sind alle „Experten“, wir sind kompetent genug
- Bürgerliche Medien überholen in der Rhetorik attac, viel stärker skandalisieren, Personenidentitäten hervorheben, attac ist zu zahm, hat mehr zu sagen
- Wir wollen ein anderes Leben, Generalstände der sozialen Bewegungen einberufen, welche Gesellschaft wollen wir haben
- An unseren Erfolgen lernen, Beispiel Bahnkampagne, was können wir daraus lernen?
- Attac kann die Zusammenschau bieten (Sind wir unfreiwillige Elite?) bildungsmäßige Überforderung!
- Wir haben niemand anderen als den Staat, an den wir uns wenden können, jetzt rückt der Staat ins Zentrum, aber als kapitalistischer Staat (zumindest der mainstream) Gefahr: Staatskapitalismus, Frage: Wie gehen wir mit dem Staat um? Demokratisierung von Staat und Wirtschaft? Wie gehen wir mit den Staatsgefügen um? Wie wird das vermittelt?
- Dazu den Griff ins Archiv zulassen
- Neue Wirtschafts- und Finanzmarktachitektur: Die anderen machen nicht den Schritt „Schrumpfen integrieren“, „Ökologischer Umbau“
- Bahnkampagne war erfolgreich, aber warum ist nicht geklärt! Was wir daraus lernen können, müssen wir erarbeiten.
- Radikale Einzelforderungen zulassen, Konsensprinzip behindert unsere Radikalität

## Fragegruppe 6 – 7

### Einzelne Maßnahmen

- Gutes Massenmaterial für die Gruppen erarbeiten und bereitstellen
- Regionalkonferenzen
- Einzelöffentlichkeitsaktionen
- Europaweiter oder globaler Aktionstag anlässlich G20-Gipfel
- Neuer Gesellschaftsvertrag, lokale aktivierende Befragungen „was macht mich krank?“
- Veranstaltungskalender der Gegenseite schaffen!
- Für eine gute Sommerakademie sorgen, Best-of-Sommerakademie-tournee

### Einzelpositionen

- Leerverkäufe stoppen, Hedgefonds und Steueroasen schließen
- Rente?
- Zuerst die Sozialsysteme schützen (Lateinamerika)
- Wirtschafts- und Konsummodell in Frage stellen (Lateinamerika)
- Von den G20 zur UNO?
- PPP abschaffen

### Öffentliche Diskussion

- Diskussionen mit Prominenten bundesweit organisieren, Intellektuelle einbeziehen
- Runde Tische in der Öffentlichkeit
- Vortragsreihen (Freiburg: „capitalism now“)
- Podien schaffen, um den Leuten die diskutieren wollen ! (beispiel Karlsruhe) Gelegenheit zu geben
- Expertentum kritisieren, jede Hausfrau kann besser wirtschaften als Steinbrück und Merkel, jetzt schon mitreden, jede Frittenbude wird besser kontrolliert als die Milliarden auf den Finanzmärkten

### Attac Strukturen und attac Kommunikation

- Achtung: casino-crew, kokreis, kap-kongress-VG arbeiten am limit!
- Was machen eigentlich unsere AGs zu den verschiedenen Bereichen?
- Debatte intern organisieren, mehr als e-mail-liste

### Einzelfragen, die wir beantworten sollten:

- Wie halten wir es mit Keynes? Green New Deal? Bretton Woods ?
- Verhältnis WSF zum neuen Kostüm der USA / Obama artikulieren

29.11.2008 – 9:20 (35 TeilnehmerInnen)

**Leitfragen** (Samstag, 29.11.2008)  
**zum attac-Umgang m. Krise**  
**für Referenten u. workshop-Phase**

**Antworten von Thomas Seibert, medico international**

#### *1.] Was ist der Attac-spezifische Auftrag in Reaktion auf die Krise?*

Die attac-spezifische Antwort auf die Krise definiert sich zunächst aus dem Mandat von attac, eine zwar globalisierungs- und kapitalismuskritische, darin aber ideologisch offene, deshalb auch nicht definitiv „antikapitalistische“, ja nicht einmal zwingend „linke“ **Bildungsbewegung in aktivistischer Tendenz** zu sein.

Darin liegt: attac kommt im Gesamt der globalisierungs- und kapitalismuskritischen Zivilgesellschaft bzw. Öffentlichkeit und der sie tragenden sozialen Bewegungen die Rolle eines offenen Forums des Austauschs und der Debatte zu. Diese Rolle erfüllt attac, in dem es selbst ein zentraler Ort dieses Austauschs und dieser Debatte ist, in dem es dieser Debatte weitere Orte und also – im weiten Sinn des Worts - Medien schafft und in dem es, hier wirkt die aktivistische Tendenz, dazu auch Gelegenheiten schafft (Aktionen, Kampagnen etc.).

Die prinzipielle ideologische Offenheit hatte ihre nähere Bestimmung bisher darin, Globalisierungs- und Kapitalismuskritik auf einen gemeinsamen, grundsätzlichen und emanzipatorisch ausgerichteten **Antineoliberalismus** zu gründen. Sofern dieser Antineoliberalismus natürlich selbst eine ideologische Position darstellt, markiert er die Grenze der prinzipiellen ideologischen Offenheit von attac – genauer besehen: ihre innere Abgeschlossenheit nach rechts, sofern es zwar einen rechten Antineoliberalismus gibt, dieser aber unbestritten nicht emanzipatorisch ausgerichtet sein kann.

**Führt die gegenwärtige Krise zum endgültigen Einsturz des Neoliberalismus, seiner ideologischen Hegemonie und schließlich zum Ende überhaupt neoliberaler Politik, tangiert sie den antineoliberalen Konsens von attac: Ist der Neoliberalismus perdu, gilt dies auch für den Antineoliberalismus.**

Positiv gewendet: Wächst sich die Krise zur finalen Krise des Neoliberalismus aus, steht attac vor der Aufgabe, den eigenen Konsens und zuletzt das eigene Mandat neu bestimmen, neu erfinden zu müssen.

2.] *Muss Attac im Angesicht der (verbalradikalen, wie auch tatsächlichen) Verschiebungen im öffentlichen Diskurs um die Regulationsmöglichkeiten der Krise nun ‚weiter nach links‘ rücken? Müssen wir jetzt grundsätzlichere Alternativen thematisieren, gar die K-Frage stellen? Oder stellen wir uns damit ins Abseits und versäumen die historische Chance, einige unserer Forderungen real durchzusetzen?*

Diese Frage ist die nähere Bestimmung der vorangehenden Frage. Ist der Neoliberalismus selbst für die bisher neoliberal ausgerichteten Eliten und die von ihnen dominierte Öffentlichkeit perdu, werden die Eliten und der öffentliche Diskurs selbst antineoliberal oder zumindest postneoliberal (egal, ob bloß symbolisch oder auch materiell), dann steht auch das Verhältnis von attac zu diesen Eliten bzw. zu dieser Öffentlichkeit zur Disposition. Prinzipiell – wie in der Frage suggeriert – in doppelter Hinsicht:

a.) nunmehr postneoliberale Eliten und Öffentlichkeiten könnten jetzt Ansprech-, gar Bündnispartner zur Durchsetzung bestimmter antineoliberaler attac-Forderungen sein - Paradebeispiel: Tobinsteuer, Steueroasen-Schließung.

b.) will attac die Opposition zu diesen Eliten und Öffentlichkeiten aufrecht erhalten, muss attac – daran führt kein Weg vorbei – nach „links“ rücken.

Abstrakt muss auf keine dieser beiden Optionen verzichtet werden, wäre auch eine Position möglich, die beides verbindet. **attac würde dann auf seine Weise die „K-Frage“ stellen und zugleich mit postneoliberalen Öffentlichkeiten kommunizieren wollen, wenn diese antineoliberale Dinge tun.**

3.] *Welche Milieus muss Attac jetzt für einen grundsätzlichen Politikwechsel gewinnen/mobilisieren (Bündnispolitik)?*

Gegenfrage: will attac überhaupt einen „grundsätzlichen Politikwechsel“, muss es den wollen?

Will attac mit postneoliberalen Öffentlichkeiten kommunizieren, um mit ihnen / bei ihnen spezifisch antineoliberale Forderungen zu propagieren oder gar durchzusetzen, wird attac dies tun müssen. Das schließt einen „grundsätzlichen Politikwechsel“ aber nicht notwendig ein, mehr noch: der Verzicht auf einen solchen könnte der Preis sein, den postneoliberale Eliten und Öffentlichkeiten einfordern, wenn sie attac mit an Bord nehmen.

Umgekehrt: Will attac einen „grundsätzlichen Politikwechsel“, schränkt dies die Kommunikationsfähigkeit zu bloß postneoliberalen Eliten und Öffentlichkeiten massiv ein: die werden ja nur deshalb so, weil das Festhalten am Neoliberalismus die Gefahr eines „grundsätzlichen Politikwechsels“ heraufbeschwört.

**Das schließt immer noch nicht aus, beides zu versuchen.**

Nur wird ein solches **Lavieren** erfahrungsgemäß deutlich schwieriger werden. Schon deshalb, weil das nicht nur an attac hängt, sondern auch an den postneoliberalen Kräften rechts von attac - und an den linken Kräften links von attac.

Wie verhält sich attac nun, wenn postneoliberale Eliten und Öffentlichkeiten ihre mögliche Akzeptanz von attac-„Politikberatungs“-Angeboten an eine Distanzierung von weiter links stehenden Kräften binden?

Und umgekehrt: Wie verhält sich attac, wenn es zu einer – von heute aus gesehen – prinzipiell weiter links zu verortenden Konfrontation zwischen einem sich neu formierendem Postneoliberalismus und einer entsprechenden Linken kommt?

Wie gesagt: Die Geschichte von attac schließt nicht aus, beides versuchen zu *wollen*. Nur...

**Um die Frage selbst aber so zu beantworten, wie sie gestellt ist:** Unter den gegebenen Bedingungen, d.h. angesichts der Formierung eines postneoliberalen, zugleich aber definitiv auf „Rettung“ und Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung ausgerichteten Blocks, wird attac einen „grundsätzlichen Politikwechsel“ nur dann zum Hauptanliegen machen können, wenn es weiter nach links rückt und sich dort auch seine Bündnispartner/innen sucht.

4.] *Wie sollte also das Verhältnis von konkreten Forderungen und einer allgemeineren Diskursintervention aussehen?*

Da muss nichts prinzipiell anders werden, dieses Verhältnis bestimmt sich als solches aus dem Mandat und Projekt einer globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bildungsbewegung mit aktivistischer Tendenz.

**5.] Was sollte im Fokus unserer Aktivitäten stehen:**

**eine neue Finanzmarktarchitektur, oder Eingriffe in den ökonomischen Ablauf mit antisystemischen Charakter, um den Kapitalismus langfristig zu überwinden? Und/oder die Garantie des Sozialen, und eine Umkehr der Privatisierungspolitik – damit Forderungen sozialer Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge, um zu verhindern, dass die Krise auf Kosten der Gesellschaft (u.a. Haushaltspolitik!) bewältigt wird?**

**Jetzt sind wir am eigentlich interessanten Punkt.**

Gesetzt selbst, attac würde nach wie vor beides wollen – seine im Ansatz bloß antineoliberalen Ursprungsforderungen weiterverfolgen und zugleich, unter den Bedingungen einer sich herausbildenden postneoliberalen Kapitalismusformation, für einen „grundsätzlichen Politikwechsel“ offen bleiben, wird dies **nicht** gehen, wenn die antineoliberalen Forderungen („neue Finanzarchitektur“) **nach wie vor den leitenden Maßstab** abgeben. Denn diese standen zwar in Opposition zum Neoliberalismus, können einem Postneoliberalismus aber so weit konform gehen, dass sogar ein „Seitenwechsel“ pragmatisch „angesagt“ wäre: zumindest aber ein Verzicht auf einen „grundsätzlichen Politikwechsel“.

**Folglich muss der leitende Maßstab so bestimmt werden, dass er die Option auf einen „grundsätzlichen Politikwechsel“ offen hält - trotz und auch wegen der Option, mit postneoliberalen Eliten über die Akzeptanz antineoliberaler Forderungen ins Gespräch zu kommen.**

Dies aber geht nur dann, wenn attac **primär** – ich übernehme einfach die Formulierungen der Frage – auf eine „**Garantie des Sozialen**“ orientiert, folglich auf „**eine Umkehr der Privatisierungspolitik**“ und damit auf „**Forderungen sozialer Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge, um zu verhindern, dass die Krise auf Kosten der Gesellschaft (u.a. Haushaltspolitik!) bewältigt wird.**“

**Da gibt's einfach nix zu rütteln, sorry.**

Entscheidet sich attac dazu, schließt das nicht aus, auch in Zusammenarbeit mit postneoliberalen Eliten die Tobinsteuer einzuführen und Steueroasen zu schließen. Die müssten dann allerdings hinnehmen, dass attac gleichzeitig auf den „grundsätzlichen Politikwechsel“ hinarbeitet, der letztlich – so blöd sind die nicht - deren Sturz einschließt. Das werden sie erfahrungsgemäß nicht tun: besonders dann nicht, wenn soziale Kämpfe aufbrechen, die nicht mehr nur antineoliberal, sondern auch **antipostneoliberal** sein werden. Darauf aber würde ich wetten....

*6.] Welche Einzelforderungen könnten stellvertretend für unsere Gesamtforderungen stehen?*

Da gibt's zwei Dinge.

**Erstens** – im Prinzip wie bisher - ein kompromissloser und nicht zu korrumpierender Bezug aufs Nord-Süd-Verhältnis und folglich die **Grundforderung nach einer Umkehr der Ressourcenströme** (statt wie bisher vom Süden in den Norden künftig vom Norden in den Süden). Von **medico** aus gesehen **z.B.:** eine ernsthafte Zustimmung attacs zu dem globalen sozialen und/oder Menschenrecht aller auf gleichen Zugang zu Gesundheit - **und der Wille, daraus alle Konsequenzen zu ziehen.**

Andere konkrete Zugänge bieten, Beispiele nur, die Frage der Ernährungssicherheit, oder die ökologische Frage...Ich verweise auf die Debatten im Umfeld der „Initiative für Globale Soziale Rechte“.

**Zweitens:** sich der Krise und den „von oben“ verfolgten postneoliberalen Krisenlösungsstrategien so zu stellen, dass primär am „**Dreier-Pack**“ **Grundeinkommen-Arbeitszeitverkürzung-Mindesteinkommen** Maß genommen wird, d.h. an qualitativ sozialen Forderungen. Wenn die Schließung der Steueroasen und die Einführung der Tobin-Steuer, mithin eine „neue Finanzarchitektur“, diesen beiden Grundforderungen dienlich sind: Why not? **Andersherum wird das, unter postneoliberalen Bedingungen, nicht gehen: das wäre naiv oder unernst, wenn nicht gar: unehrlich.**

*7.] Was sollten die zentralen Aktivitäten sein?*

attac nahm im Gesamt der globalisierungs- und kapitalismuskritischen, weil antineoliberalen Kräfte eine vermittelnde Rolle ein: **gesamtbewegungsorientierte Bildungsbewegung in aktivistischer Tendenz.**

**Ich sehe darin weiterhin den Existenzgrund attacs.**

Allerdings wird sich aller Voraussicht nach die Konstellation, in der attac seine vermittelnde Rolle einnimmt, verschieben. Es wird eine Drift zum Bündnis mit postneoliberalen Krisenlösungsstrategien und den sie verfolgenden Kräften geben. Es wird **auch und gerade unter postneoliberalen Bedingungen** eine Drift auf einen „grundsätzlichen Politikwechsel“ geben. Kann zwischen beiden „Driften“ vermittelt werden? Sollte attac das versuchen? Wenn ja: wie soll das möglich sein?

Nochmal: Bisher gings „nur“ gegen den Neoliberalismus. Da war Vermittlung z.B. zwischen wertkonservativen oder altsozialdemokratischen, in jedem Fall aber antineoliberalen Kräften und linken oder linksradikalen, als solchen aber eben auch antineoliberalen Kräften **nachweislich** möglich: das war die historische Stärke von attac. Morgen geht's aller Voraussicht nach um was anderes.

29.11.2008 – 9:40

Thesenpapier „Attac und die Finanzkrise“

**Stephan Schilling**

**Beschreibung aktuelle Lage**

1. Die Finanzkrise hat sich in den letzten Wochen mehr und mehr zu einer Wirtschafts- und Industriekrise entwickelt - wie von kritischen Ökonomen und vielen NGOs vorhergesagt. Dabei ist der Talboden keineswegs erreicht, ja wahrscheinlich noch nicht einmal in Sicht. Im nächsten Jahr wird die Weltwirtschaft noch tiefer in die Rezession schlittern, hier in Deutschland werden nach dem Automobilsektor weitere Branchen in große Schwierigkeiten geraten. Mittlerweile beschäftigt die Öffentlichkeit der drohende Zusammenbruch der Automobilindustrie mehr als der etwaige Zusammenbruch weiterer Banken. Die soziale Dimension dieser Entwicklung - die sich jetzt mit den Kündigungswellen bei den Leiharbeitern andeutet - wird wahrscheinlich erst spät im nächsten Jahr, teilweise sogar erst 2010 in ihrem ganzen Ausmaß zu Tage treten.

2. Die Reaktion der politischen Eliten / Regierungen sind uneinheitlich. In weiten Teilen gilt bisher, dass sich trotz des Verbalradikalismus der letzten Wochen in den Taten keine substantielle Veränderungsbereitschaft widerspiegelt. Son kann man die Ergebnisse des ersten Weltfinanzgipfels nur als enttäuschend bezeichnen. In Deutschland tritt die Diskrepanz zwischen Reden und Handeln besonders deutlich hervor. Das deutsche Konjunkturprogramm (man traut sich ja nicht einmal, das Wort in den Mund zu nehmen) ist völlig unzureichend, die Ausarbeitung zukünftiger Reformen wird in die Hände bekennender Monetaristen und Neoliberaler gelegt.

3. Gleichzeitig ist es nach wie vor offen, ob nicht ein Teil der globalen Eliten von diesem Kurs rein kosmetischer Korrekturen Abstand nehmen wird. Dies deutet sich zumindest in der Orientierung auf einen *Green New Deal* an, wie ihn z.B. Teile des Obama-Lagers oder UN-Generalsekretär Ban Ki Moon vorschlagen. Welcher Teil der Eliten sich durchsetzen wird, kann man derzeit nicht vorhersagen - man sollte jedoch nicht vergessen, dass die Neukonfiguration der globalen Kräfteverhältnisse und starke ökonomische Zwänge einem einfachen „Weiter so“ deutlich im Wege stehen.

### **Analyse der Krise**

4. Die aktuelle Krise hat ihren Ursprung in der Deregulierung der Finanzmärkte, der Verteilungspolitik der letzten 2 Jahrzehnte und in dem (Welt-)Wirtschaftsmodell, das sich nach dem Platzen der Dot.Com-Blase entwickelt hat und in dem die USA durch eine stetige Verschuldung den globalen Wachstumsmotor am Laufen hielten. Es ist völlig klar, dass die Ursachen nicht im Fehlverhalten oder der Gier von Einzelpersonen oder Berufsgruppen zu suchen sind, sondern in den politischen Entscheidungen der letzten 25 Jahre. Gleichzeitig verdeutlicht diese Analyse jedoch auch, dass es sich zwar um eine systemische Krise des Finanzmarktkapitalismus, nicht jedoch des Kapitalismus im Allgemeinen handelt. Weiterhin teile ich nicht die Auffassung vom "überschüssigen Kapital". Das gibt es nicht. Nach wie vor suchen viele Investorinnen Kapital und finden keins. Deshalb ist auch der Realzins am langen

Ende positiv. Kern des Problems ist vielmehr der Renditewahn der Kapitalbesitzer(Innen). Sie sind mit den niedrigen Renditen im reifen Kapitalismus nicht zufrieden. Um diese zu erhöhen, dafür setzen sie ihre neoliberalen Regierungen in den Marsch. Zwangsläufig ist das auch nicht. Der Kapitalismus wird diese Krise überleben, wie er schon so zahlreiche Krisen überstanden hat - durch Wandlung und Anpassung. Wie diese Veränderungen aussehen, ist dabei von erheblicher Bedeutung. Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Politische Rahmensetzung, z.B. unterschiedliche Antworten auf die Verteilungsfrage etc. machen einen großen Unterschied aus. Für die Lebensrealität der Menschen ist es ein himmelweiter Unterschied, ob sie im Finanzmarktkapitalismus der letzten 2 Jahrzehnte leben oder in einem Kapitalismus mit erneuerter sozialer und ökologischer Regulierung.

### **Konsequenzen für Attac**

5. Attac war in der Vergangenheit nie geschlossen anti-kapitalistisch, sondern immer ein Projekt des Anti-Neoliberalismus, in dem sich anti-kapitalistische und reformistische Strömungen / Gruppen versammelt haben. Damit stand Attac, zumindest in Deutschland, in einem grundsätzlichen Antagonismus zur herrschenden Klasse, die geschlossen das neoliberale Projekt vorangetrieben hat, und Attac kam damit (auch vor dem Hintergrund lavierender Gewerkschaften) eine im politischen Raum einzigartige Rolle zu. Diese historische Konfiguration befindet sich in der Auflösung und dieser Trend wird sich fortsetzen. Wie in [2] bereits beschrieben, orientiert sich zumindest ein (kleiner) Teil der politischen Eliten um auf einen neo-keynesianische *Green New Deal*.

6. Ich halte es jedoch für einen großen Fehler, wenn Attac versuchen würde, sich durch einen klaren Anti-Kapitalismus in einen ähnlichen Antagonismus zu diesem *Green New Deal* zu bringen wie zuvor zum neoliberalen Projekt. Forderungen, die dem real existierenden Kapitalismus solche soziale und ökologische Regeln aufzwingen sind und bleiben wichtig. Dafür möchte ich vier Argumente anführen. Erstens bleibt es dabei, dass niemand einen konsistenten Gegenentwurf zu einer kapitalistischen Mischökonomie vorlegen kann, niemand weiß wie ein Kommunismus in einer pluralen, offenen Gesellschaft funktionieren soll. Leider. Solange niemand darauf Antworten einfallen, müssen wir uns mit gemischten Systemen abfinden. Den solidarischen Sektor gilt es zu stärken, gemeinsam. Zweitens ist es keineswegs ausgemacht, dass sich eine progressive Antwort auf die Krise a la *Green New Deal* durchsetzt. Bedenkt man welche anderen Optionen im Raum stehen - *Buisness as usual* oder eine autoritäre, nationalstaatliche, „staatsmonopolistische“ Variante des Kapitalismus - dann ist dies der entscheidende politische Kampf im Hier und Jetzt. Drittens würde eine Verschiebung zu einem klaren Anti-Kapitalismus den Charakter Attacs als breites spektrenübergreifendes Netzwerk grundsätzlich in Frage stellen. Und viertens sehe ich den gesellschaftlichen Nährboden für eine offensiv anti-kapitalistische Position nach wie vor nicht.

7. Aus meiner Sicht ist die historische Aufgabe von Attac in der jetzigen Situation, für eine multipolare, emanzipatorische, ökologische Lösung der Krisen zu streiten. Durch den voranschreitenden Klimawandel ist das Zeitfenster dafür erschreckend klein, die aktuelle Chance durch den Zusammenbruch des Neoliberalismus zu vertun, wäre ein dramatisches Versäumnis. Das heißt keineswegs im Windschatten von Obama & Co. segeln. Unsere Aufgabe ist es klarzumachen, dass eine Lösung der Krisen nur funktioniert, wenn vier Dinge

zusammenkommen: eine Neuordnung der Finanzmärkte, eine Neuregelung der Nord-Süd-Beziehung (also eine Umkehr des Ressourcentransfers), ein ernstgemeinter Umbau / Konversion unseres Wirtschaftsystems zusammen mit einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und ein neuer sozialer Ausgleich. Dieses systematische Zusammendenken der Krisen findet im politischen Raum bisher kaum statt und es ist ehrlich betrachtet auch bei Attac bisher unterbelichtet.

8. Was heißt das konkret für die nächsten Monate und Jahre. Ich sehe drei wichtige Aufgaben:

a. Ökonomische Alphabetisierung - der Klassiker, bisher aber unzureichend bearbeitet.

b. Politischen Druck organisieren für eine gemeinsame Lösung der verschiedenen Krisen.

In die Auseinandersetzung, wie die Staatengemeinschaft auf die Krisen reagiert, müssen wir konkret intervenieren. Das meint natürlich viel mehr als die Regulierung der Finanzmärkte (auch wenn diese wichtig bleibt). Sondern eben auch die Verteilungs- und die soziale Frage zu thematisieren, die Neuregelung der Weltwirtschaftsordnung einzufordern und auf einen ökologischen Umbau zu drängen. Der konkrete Ansatzpunkt dafür sind die Weltfinanzgipfel, die im nächsten Jahr stattfinden werden und die die wichtigsten Interventionspunkte sein werden.

Hier werden wir in der konkreten Kampagnenarbeit auch mal zuspitzen und Einzelforderung nach vorne stellen müssen. Bei den Weltfinanzgipfeln könnten das aus meiner Sicht die Nord-Süd-Beziehungen und die Frage nach einer Schrumpfung der Finanzmärkte sein, bei der Bundestagwahl z.B. die Forderung nach einer Abschaffung der Riester-Rente und der Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

c. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, brauchen wir inhaltliche Klärungsprozesse. Bisher können wir z.B. kaum beschreiben, was wir eigentlich mit ökologischem Umbau meinen. Hier lauern natürlich einige Fangstricke wie z.B. die Wachstumsfrage. Ich hielte es für falsch, nähme Attac eine Haltung ein, die Wachstum grundsätzlich ablehnen würde. Natürlich ist klar, dass quantitatives Wachstum keinen Ausweg aus irgendeiner Krise bietet, aber ob nicht qualitatives Wachstum, Klimaschutz und mehr soziale Sicherheit gut zusammengehen halte ich für eine zumindest offene Frage. Auch bei der demokratischen Kontrolle stehen Klärungsprozesse an. Die Vergesellschaftung von allem und jedem zu fordern halte ich für den falschen Weg. Demokratische Kontrolle kann auch eine erneuerte Mitbestimmung und eine wirksame Regelsetzung für Märkte bedeuten.

Wenn wir jedoch diese Klärungsprozesse vorantreiben, hat Attac die Chance, der einzigartige Raum zu bleiben, in dem spektrenübergreifende Diskussions- und Klärungsprozesse stattfinden.

29.11.2008 – 11:00

### **Konzeption der Workshop-Phase:**

An die Erste Samstags-Phase mit Inputs von Thomas und Stephan, sowie einem kurzen Nachfragenblock schließt sich eine ausführliche Workshop-Phase an. In den Workshops, die nicht noch einmal thematisch unterteilt sind, sollen die Leitfragen über den Umgang von Attac mit der Krise diskutiert werden. Die Aufteilung in Workshops und 2 ½ Stunden Zeit erlauben, dass jeder zu Wort kommt und die einzelnen Fragen tiefergehend diskutiert werden können.

Die Leitfragen hängen gesondert an!

In jedem workshop sollte eine Ergebnisprotokoll erstellt werden. In der Plenumsphase werden diese Ergebnisse zusammengetragen und diskutiert, die Differenzierungen festgehalten.

Das ermöglicht gemeinsame Resultate festzuhalten.

Je nach Beteiligung soll es 3-5 Workshops geben. An jedem Workshop soll einer der Input-Geber von Freitag und Samstag, oder alternativ jemand Aktives aus dem Casino-Crew Zusammenhang, teilnehmen, um eventuelle Rückfragen etc. klären zu können. Die Diskussion darf sich keineswegs auf die Input-Geber fokussieren, das zu verhindern muß Aufgabe der Moderation sein. Ziel ist eine Positionsauseinandersetzung der Ratsmitglieder!

Die Aufteilung der Workshops erfolgt durch Auszählung, ohne im Einzelfall einen Personenaustausch zu verhindern.

Moderatoren der workshops: Pedram, Roland K., Deborah, Hermann

29.11.2008 – 19:00

### Bedeutung der Rats-AG-Arbeit für die Rats-Arbeit:

die Hauptarbeit des Rates muß in den AGn stattfinden. Strategische Ausrichtung bedarf eines kontinuierlichen Arbeits-Prozesses, der in 3 oder 4 Zusammenkünften im Jahr des Gesamtrates nicht herstellbar ist. Den Zusammenkünften des Rates käme im Wesentlichen die Aufgabe zu, die Arbeitsergebnisse der Rats-AG-Arbeit zu verfolgen, diese der Arbeit der unterschiedlichen attac-Ebenen zu vermitteln und die Reaktionen aufzunehmen und einzubauen.

Bisher entspricht die AG-Arbeit jedoch diesen Erwartungen nicht, bietet weder Voraussetzungen, den Ratsarbeitsprozeß selbst voranzutreiben, noch, die Vernetzungsarbeit zu unterstützen. Das hat mehrere Gründe. Klar nachvollziehbar jedoch ist, eine funktionierende AG-Arbeit erfordert verlässliche Arbeit, verlässlicher Mitglieder. Der Rat kann ungefähr auf ein Potential von max. 50 Mitgliedern rechnen, die Engagement in die Ratsarbeit investieren. Wird davon ausgegangen, eine Rats-AG müßte mit 6 Menschen besetzt sein, um kontinuierlich ein Thema verfolgen und Interventionsmöglichkeiten entwickeln zu können, ließe das höchstens 8 AGn zu. Selbst wenn einige Mitglieder sich für eine Mitarbeit in zwei AGn entscheiden, erhöht das die mögliche Anzahl der AGn nicht, höchstens minimal, da bekanntlich nur ein Bruchteil der 50 angenommenen Aktiven kontinuierlich arbeiten werden.

Nicht nur deshalb ist erforderlich, die Zahl der strategisch arbeitenden AGn beschränkt zu halten.

Die inhaltliche Rats-Arbeit ausrichtend, bzw. ausrichtende Entscheidungen treffend,

deshalb durch Wahl zu bestätigen, sind folgende AGn:

- 1) Rats-VG
  - 2) Ratschlags-VGn + SoAk-VG (2 – 3 VGn)
  - 3) AG Mailinglisten
  - 4) AG Internationales/Europäisierung/ESU-Vernetzung
- => 5 AGn/VGn

=> es verbleiben höchstens noch einmal 5 AGn, um daran mitzuwirken, attac eine strategische Richtung zu weisen.

Sie sollten in einem gemeinsamen Prozess gefunden und festgelegt werden, da die Wahl der Themen bereits eine wesentliche strategische Entscheidung darstellt. Deshalb wäre ein Gewährenlassen in jede Richtung( thematisch wie zahlenmäßig), höchst unstrategisch, der Aufgabe des Rates somit nicht gerechtfertigt. Strategie macht immer auch eine Fokussierung notwendig, Beliebigkeit kann keine strategische Wirkung erzielen. Es muß also geklärt werden, wo Projekte zu identifizieren sind, die attac strategische Ausrichtung ermöglichen würden.

Aus der bisherigen Arbeit des Rates ergaben sich einige Schwerpunkte.

Die Rats-VG schlägt deshalb vor, für die kommende Ratsphase (2009) folgende AGn einzurichten:

- 1) AG Kapitalismuskritik und Krise
- 2) AG globale soziale Rechte
- 3) AG Umgang mit menschenverachtenden Vorstellungen
- 4) AG Privatisierungskritik – Vergesellschaftung sozialer Infrastruktur u. öffentl. Daseinsvorsorge
- 5) AG Gruppenunterstützung / Gruppenneugründungen

Darüber soll von Samstag nach der Kaffeepause an, bis Sonntag zur Konstituierung der AGn in einer Diskussionsphase nach konsensualen Ergebnissen des Rates gesucht werden.

### Pro- u. Kontra-Argumente Änderung Ratssitzungsstruktur:

Argumente <b>für</b> den Vorschlag der Rats-VG (jährlich nur 3 Ratssitzungen, dabei eine dreitägig, eine zweitägig und eine eintägig)	Argumente <b>gegen</b> den Vorschlag der Rats-VG
Effektivere Ausnutzung der Zeit. Eintägige Sitzungen finden unter enormen Zeitdruck statt; dadurch leidet Qualität der Debatten.	Mehr inhaltliche Debatten lassen sich nicht „verordnen“. Durch formale Änderungen wird dieses Ziel nicht erreicht. Qualität der Sitzungen wird durch mehr Zeit nicht notwendig besser (eher im Gegenteil).
	Ein dreitägiges Treffen „killed“ das Wochenende und stellt eine Versuchung dar, mit der Zeit zu „aasen“.
	Der Abstand zwischen den Terminen wäre sehr groß. „Richtungssteuerungen“ gelingen nur bei persönlichen Treffen. Auf Telefonkonferenzen ist das nicht zu erwarten.



	Das „politische Umfeld“ wird sich in den kommenden 10 Monaten vermutlich schnell verändern. Das spricht für häufigere Treffen.
	Am Freitag haben wir nur wenig Sitzungszeit, da Erwerbstätige erst spät anreisen können.
Fahrtkosten werden optimaler eingesetzt, da ein Termin eingespart wird – in der Summe aber keine Sitzungszeit verloren geht.	Kosten für den/die Einzelne/n werden größer, da zwei Übernachtungen mehr bezahlt werden müssen (ca. 70 € zusätzlich).
Eingesparte Fahrtkosten könnten für die AG-Arbeit eingesetzt werden, in denen die eigentliche Ratsarbeit stattfinden sollte.	
Keine/r wird sich wegen zu hoher Kostenbeteiligung den Rat nicht leisten können: Wer auf Hartz IV-Niveau leben muss, zahlt nichts, die anderen nach Selbsteinschätzung mindestens die Hälfte, möglichst viele den vollen Betrag.	
	Zweimal ein ganzes Wochenende ist für viele schwerer möglich als dreimal ein Tag

29.11.2008 – Antrag Barbara Volhard

### Ratsklausur vom 28.-30.11.08

#### Input zu Aufgaben des Rats - von Barbara Volhard

Auf der Plenumssitzung der Freiburger Regionalgruppe dieser Woche wurde - ausgehend von dem Papier der VG zu den Aufgaben des Rats, das für den Ratschlag erstellt worden war, die Frage der Aufgaben des Rats erörtert. Denn die VG hatte ja in dem Papier selbst eingeräumt, dass Anspruch und Wirklichkeit noch auseinanderklaffen. Diskutiert wurden folgende Fragen:

1. Welche Aufgaben kann der Rat übernehmen, die nicht auch von einem -evtl. personell etwas erweiterten - Kokreis übernommen werden könnten? Wofür brauchen wir dieses kostspielige zweite Gremium?
2. Ist es angesichts des Netzwerkcharakters und der Heterogenität von Attac Deutschland überhaupt möglich, dass der Rat - oder AGen des Rats -Strategien für ganz Attac-D entwickeln?
3. Brauchen Strategien nicht fest umrissene Ziele, und können für solche Ziele Strategien nicht besser von bundesweiten Arbeitsgemeinschaften, die sich in jahrelanger Arbeit auch die notwendigen Fachkenntnisse angeeignet haben, entwickelt werden, anstatt von zufällig zusammengewürfelten und nur auf ein Jahr zusammenarbeitenden AGen des Rats, deren Mitglieder aus völlig unterschiedlichen Zusammenhängen kommen?
4. Wie sollte das Verhältnis von Kokreis und Rat sein? Sollte z.B. der Rat - als "höchstes Gremium" zwischen den Ratsschlägen - Entscheidungen des Kokreises revidieren und ändern können?
6. Ist der Rat der Basis gegenüber nicht rechenschaftspflichtig? (Auf dem Ratschlag lag jedenfalls kein Bericht des Rats vor)

#### Das Ergebnis dieser Diskussion war:

Wir halten es für sinnvoll, eine Rats-AG einzurichten, die diese und damit zusammenhängende Fragen diskutiert, denn wir finden, dass unabhängig davon, dass sie auch an der Basis aufgeworfen werden, sich vor allem die Mitglieder des Rats damit auseinandersetzen müssen. Das Thema scheint uns allerdings zu komplex, als dass die Rats-VG, die schon ausreichend belastet ist mit der Vorbereitung von Ratssitzungen, sich auch noch damit befassen muss.

Wir halten es für kontraproduktiv, wenn sich Rats-AGen zu Themen bilden, die quasi als Parallel-AGen zu bereits bestehenden bundesweiten AGen zu diesen Themen arbeiten.

Denkbar wäre, dass bundesweite AGen auf Grund ihrer Kompetenz bezogen auf ihre Ziele Strategien entwickeln, sie dann dem Rat vorlegen, der sie diskutiert, evtl. modifiziert, auf ihre Bündnistauglichkeit abklopft, etc. und entscheidet, ob die jeweilige Strategie für Attac-D übernommen wird.

Hinsichtlich Punkt 6. (Rechenschaftspflicht) erging ein förmlicher Beschluss der Freiburger Regionalgruppe:

„Der Rat sollte seine strategische Arbeit transparent dokumentieren und sie in Berichten nachweisen. Diese Berichte sollten stets zu den Ratschlägen vorliegen und diskutiert werden können. Der Ratschlag sollte die Arbeit des Rates bewerten. Dies gelte ebenso für den KoKreis.“

Ähnliches sollte auch für die Rats-AGen gelten. Der Rat sollte den Fortschritt einer Rats-AG dokumentieren und dem Ratschlag präsentieren. Dieser Bericht sollte auch ausweisen, wie die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe gesehen wird.“

Ich schlage vor, dass sich eine AG „Aufgaben des Rates“ bildet, die diese Fragen diskutiert. Sie sollte allerdings eng verzahnt sein mit allen anderen Ratsmitgliedern, etwa in der Form, dass sie alle zwei Monate einen Bericht über den jeweiligen Stand der Diskussion herum mailt, so dass andere Ratsmitglieder sich mit Kritik oder Vorschlägen einmischen können. Gleichzeitig sollte sie auch Kontakt zur Basis halten und Vorschläge von dort mit in ihre Arbeit integrieren. Vielleicht entwickelt diese AG dann Möglichkeiten, die strategischen Aufgaben des Rates in eine für Attac-D fruchtbare Praxis überzuführen.

---

## **Attac-Ratsklausur Hannover – Sa., 29.11.2008**

### **14:45-16:05 Uhr: Diskussion der Workshop-Phase zur „globalen Krise“**

Zu Beginn Vorstellung der Resultate der drei Workshop-Gruppen (siehe Ergebnis-Poster)

Umfängliche Sammlung von Ansätzen, Impulsen, Forderungen, die der Strukturierung bedarf

Einige Aspekte können auf dem KapiKon diskutiert werden (z. B. neuer Gesellschaftsvertrag oder die Frage „Wie wollen wir leben?“)

KoKreis wertet aus, welche Veranstaltungen zur Krise derzeit durchgeführt werden

Andere Fragen (z. B. ökologische Konversion) sollten kurzfristig behandelt werden, z. B. im Rahmen einer Rats-AG  
Wissenschaftlicher Beirat arbeitet an einem Reader zur Finanzkrise, sollte aber häufiger für Veranstaltungen angefragt werden; aktualisierte ReferentInnenliste wird gefordert

Aufforderung an die Gruppen: andere Veranstaltungsformen für Bildungsarbeit entwickeln (z. B. Runde Tische)

Auch auf bundesweiter Ebene prominent besetzte Diskussionen organisieren, wer wäre dafür zuständig?

Konkrete Forderungen: Leerverkäufe, Hedgefonds und PPP so schnell wie möglich verbieten; KoKreis soll die Düsseldorfer Erklärung bei den Mitgliedsorganisationen verbreiten; mehr Öffentlichkeitsarbeit mit Videoclips (z. B. auf YouTube)

Wo sind derzeit die Ressourcen (in Attac und in der Gesellschaft), Forderungen durchzusetzen?

Zweigleisig fahren: Casino-Crew arbeitet weiter konkret, Rat arbeitet an umfassenderen Visionen und Strategien, z. B. in Form eines Thesenpapiers als Nachfolger der Düsseldorfer Erklärung

Welchen Charakter hat der Text in SiG 70 „Wer wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?“? Entstanden als Bündnispapier im „Anzeigenkreis“, zu dem Horst Schmitthener (IGM) persönlich aus dem Bewegungsspektrum, Sozialverbänden und NGO einlädt; hat nicht den Charakter einer reinen Attac-Erklärung; relevant für die Diskussion bezüglich Bündnispartnern zum Vorgehen im Wahlkampf.

Weitere wichtige Veranstaltungen zur Bündnisbildung: „Die K-Frage stellen!“ (IL, 25.1.2009 Ffm.), „Kapitalismus am Ende?“ (6.-8.3.2009 Berlin) u. a.

Unstimmigkeit, welche Antworten und Handlungsansätze aus der bisherigen Diskussion zu ziehen sind; Delegation an Arbeitsgruppen oder Beginn eines umfangreichen Prozesses?

Die einzelnen thematischen Schwerpunkte sind bislang unterschiedlich intensiv behandelt worden; hier besteht Nachholbedarf und die Notwendigkeit, die einzelnen Aspekte zusammenzuführen

Wie ist die Strategie gegenüber der G20 und mit welcher Argumentation? Wer soll die Regie über globale Finanzmarktkontrollen erhalten und mit welcher Begründung (IWF, UNO)?

Es gibt verschiedene Baustellen, an denen unterschiedliche Menschen weiter arbeiten werden

Anfrage: wie arbeitet Attac am IL-Ratschlag mit bzw. unterstützt ihn?

Wer erarbeitet Standpunkte zu Implikationen der Krise, die von Attac noch nicht behandelt wurden (z. B. Opel)?

Vorschlag: Attac-Kino in Berlin ins Leben rufen, speziell für „Let's Make Money“; Reaktion: soll Attac Berlin selbst organisieren

Plädoyer für Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO (s. SiG 70)

Frage nach Rats-AG zu Thesenpapier soll im Anschluß geklärt werden

Diskussion zu Beteiligung am IL-Ratschlag; **Beschluß: der Rat unterstützt die Veranstaltung** (2 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen, kein Veto)

*Protokoll: Hagen*

Detlev v. Larcher

### **Protokoll Ratsklausur, Sonntag 30.11.08**

Der Antrag von Attac Freiburg, eine AG Ratsarbeit einzurichten, führt zur Debatte über die Frage:

#### **1. Wie soll der Rat arbeiten?**

In der Diskussion werden folgende Wünsche geäußert: AGen sollen konkreten Auftrag bekommen. Mehr Leben und Vernetzung mit der Basis erwünscht, Rat soll Ergebnisse produzieren vielfältige Moderationsmethoden, Begrüßung der neuen, Moderation gendernmäßig quotieren, Hauptamtliche Moderation, bzw. Beratung der Rats-VG, Neues probieren und Arbeit verbreitern, Zeit für spontan eingebrachte Tops einplanen, offenere und motivierende Arbeitsformen, VG soll zur Erstellung der TO die Mitglieder zunächst abfragen, was auf die TO des nächsten Treffens soll.

Die Diskussion führt zum Mehrheitsbeschluss: wir setzen eine zeitlich begrenzte AG ein, die bis zum übernächsten Ratstreffen Vorschläge zur Verbesserung der Ratsarbeit machen soll. Diese Vorschläge werden vom Rat diskutiert und ggf. beschlossen.

#### **2. Welche AGen soll es geben?**

AG gegen rechts wird nicht gebildet ebenso nicht eine Privatisierungs- AG Die Themen werden als wichtig benannt, sie sollen aber nicht durch eine Rats AG bearbeitet werden.

Eingerichtet oder wieder besetzt werden

#### **Rats VG:**

folgende Mitglieder werden einstimmig gewählt, Hermann Gendrisch (Hut), Andreas Beldowski, Steffen Stierle, Roman Haug, Sarah Gebhard. Ebenso einstimmig werden Steffen Stierle die Aufgaben des Finanzverantwortlichen für den Rat übertragen. Den Gewählten wird gratuliert und Freude an der Arbeit gewünscht. Es folgt der Dank an die Ausgeschiedenen.

#### **AG Mailinglisten:**

bleibt kommissarisch bis zur nächsten Ratssitzung wie sie ist. Vorhandener Konflikt soll bearbeitet werden. (Hut für Konflikt haben Stephan Lindner und Sami Atwa)

In die folgenden AGen melden sich durch Eintragen:

#### **VG SOAK/Ratschlag:**

Caroline Franta, Christine Strazmann, NN Kokreis, Hanni Gramann, Jürgen Castendyk

**Ratschlags-VG Herbst:** keine Meldungen.

#### **AG Internationales:**

Bisherige Mitglieder zuständig für:

Frankreich: Gerold Schwarz, Sven Giegold

Italien: Marianne Wildberger

Lateinamerika: Dorothea Härlin, Kerstin Sack, Siggi Adam

Polen: Norbert Kollenda

Rumänien: Annette Groth

Schweiz: Marianne Wildberger

Hugo Braun

Dazu kommen nun: Deborah Ruggieri, Johanna Schreiber, Carl Waßmuth, Stephan Lindner, Lony Ackermann, Andi Lathan

#### **AG Globale Soziale Rechte:**

Brigitte Oehrlein, Thomas Löding, Markus Rieck, Hardy Krampertz, Stephan Krull, Werner Raetz, Roland Klautke, Thomas Seibert, Stefan Schilling, Werner Steinbach., Dagmar Paternoga, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Michael Seeland

#### **AG Gruppenunterstützung:**

Deborah Ruggieri, Chris Methmann, René Zeitz, Ulrike Paschek, Franz Eschbach, Klaus Hering, Alexis Pssadakis, Pedram Shahyar, Christiane Metzner

#### **VG Kapitalismuskongress:**

Christine Starzmann, Peter Wahl, Detlev v. Larcher, Stephan Schilling, Doreen Heide, Chris Methmann, Roland Süß, Jürgen Castendyk, ...

**AG Impulspapier zur Wirtschafts- und sozialen Krise/ökologischer Umbau:**

Stephan Schilling, Roland Klautke, Hardy Krampertz, Hendrik Auhagen, Andreas Beldowski, Stephan Lindner, Andi Lathan, Werner Rätz, Steffen Stierle, Brigitte Oehrlein, Hagen Pfaff

**AG Ratsarbeit:**

Barbara Volhard (Hut), Gudrun Reiß, Lony Ackermann, Franz Eschbach, Dorothea Häerlin, Sarah Gebhard, Carl Waßmuth, René Zeitz

Eine „**Krisenreaktions AG**“ wird nicht eingerichtet, viel mehr werden Stephan Krull und andere gebeten, in der Casino Crew, die umbenannt werden soll, zu den Themen zu arbeiten, bei denen sie Defizite festgestellt haben.

**3. Sitzungsstruktur des Rates**

Der Vorschlag der VG wird nach kurzer Diskussion mit großer Mehrheit angenommen: Eine dreitägige, eine zweitägige Klausur und ein Tagestreffen. Die Termine für die nächsten Treffen werden aus den Vorschlägen Hermann per Mail ausgewählt. Jede(r) mailt ihm den Termin seiner (ihrer) Wahl. Der Termin mit den meisten Meldungen wird es dann.

**4. Feedback:**

Im Blitzlicht werden genannt: Sehr gut, Leute kennen gelernt, Kontakte geknüpft, Workshops gut, sehr zufrieden, Konflikte gut gelöst, zufrieden, Vorstellungsrunde sehr gut, In Diskussion zu viel „klein, klein“, interessante Themen, ganz andere Moderation gewünscht, gut die Auseinandersetzung mit der Prominenz am Freitag Abend, kontroverse Themen zu kurz gekommen, nicht wieder an diesem Ort (Essen und Kälte), gut das ein Thema so ausführlich behandelt wurde, Impulsreferate gut, zu viel Plenumsdiskussion, Wechsel Plenum AGen und andere Arbeitsformen erwünscht, Atmosphäre hat mir nicht gefallen, mit Ergebnissen zufrieden, für Neue sind lange Plenarsitzungen schwierig, Workshops sollten zu verschiedenen Themen sein, 80% gut, VG hat spontane Anregungen doch angenommen, gewaltfreie Diskussionsmethoden einüben, Atmosphäre angenehm, produktive Ratssitzung, Kritik der Neuen berechtigt, schriftliche Vorlagen wichtig und gut, andere Diskussionsmethoden, riesige Verbesserung zu vergangenen Ratssitzungen, Dank an alte Rats-VG, Vorstellungsrunde hat Atmosphäre aufgelockert, sehr interessant Attac von innen kennen zu lernen, wir sind zu Vorschlägen gekommen, Rat hat zu viel Formalia zu klären und da entwickelt die Mitglieder besonders große Debattenleidenschaft. Einige sind im Schnee stecken geblieben.

Zum Schluss gab es Lob für die ModeratorInnen.

**Ende gegen 12.45 Uhr**

**Termine:****Kapitalismus am Ende?****Analysen und Alternativen**

6. – 8. März 2009, Berlin, Technische Universität

<http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/startseite/>

**Die K-Frage stellen!****Antikapitalistischen Ratschlag**

am Sonntag, 25. Januar 2009 in Frankfurt/Main.

<http://www.dazwischengehen.org/de/story/2008/11/die-k-frage-stellen>

Termine aus „Sand im Getriebe! Nr. 70 ([http://www.attac-netzwerk.de/uploads/media/sig\\_70.pdf](http://www.attac-netzwerk.de/uploads/media/sig_70.pdf))

**Das Kapital soll seine Krise selbst bezahlen! Für eine zentrale Demonstration im Bundestagswahljahr 2009**

Vorankündigung zur Organisation einer Großdemonstration im nächsten Jahr vom Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken und dem Rhein-Main-Bündnis

Einladung zum ersten Vorbereitungstreffen am Samstag, 31. Januar 2009 in Frankfurt/M

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2008/grossdemo09.pdf>

**Weltsozialforum in Belem (Brasilien)**

vom 27.1.2009 bis 1.2.2009

<http://www.fsm2009amazonia.org.br/forum-social-mundial>